

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 89. und 90. Ratssitzung vom 16. November 2011

1978. 2011/327 Weisung vom 14.09.2011: Zusatzkredite II. Serie 2011

Antrag des Stadtrats

A. Für das Jahr 2011 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

1. Zusatzkredite		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	1 951 700	–	1 951 700
15	Präsidialdepartement	1 035 000	1 500 000	2 535 000
20	Finanzdepartement	331 100	–	331 100
25	Polizeidepartement	139 000	–	139 000
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	1 328 200	–	1 328 200
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	140 000	5 665 900	5 805 900
40	Hochbaudepartement	282 400	–	282 400
45	Departement der Industriellen Betriebe	1 700 000	2 500 000	4 200 000
50	Schul- und Sportdepartement	112 800	–	112 800
55	Sozialdepartement	21 832 600	30 000	21 862 600
Total Verwaltungsrechnung		28 852 800	9 695 900	38 548 700

2. Kreditübertragungen		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	– –0	– –0	– –0
15	Präsidialdepartement	170 000 –170 000	– –0	170 000 –170 000
20	Finanzdepartement	7 400 –7 400	– –0	7 400 –7 400
25	Polizeidepartement	900 500 –900 500	– –0	900 500 –900 500
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	34 298 200 –34 298 200	– –0	34 298 200 –34 298 200
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	– –0	– –0	– –0
40	Hochbaudepartement	407 000 –407 000	– –0	407 000 –407 000

2 / 33

45	Departement der Industriellen Betriebe	602 000	–	602 000
		–602 000	–0	–602 000
50	Schul- und Sportdepartement	2 690 000	–	2 690 000
		–2 690 000	–0	–2 690 000
55	Sozialdepartement	27 000	–	27 000
		–27 000	–0	–27 000
	Total Verwaltungsrechnung	39 102 100	–	39 102 100
		–39 102 100	–0	–39 102 100

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Fr.	Fr.	Fr.
a) in der Laufenden Rechnung			
- den Zusatzkrediten von	28 852 800		
- den Kreditübertragungen von	39 102 100	67 954 900	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
- verursachte Minderaufwendungen aus den Kreditübertragungen von	39 102 100		
- durch Minderaufwendungen/Mehrerträge aus den Zusatzkrediten von	6 942 300	46 044 400	
sodass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von			21 910 500
b) in der Investitionsrechnung			
- den Zusatzkrediten von	9 695 900		
- den Kreditübertragungen von	–	9 695 900	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
- verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–		
- durch Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	–	–	
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von			9 695 900
und somit die gesamtstädtische Rechnung insgesamt belastet wird mit netto			31 606 400

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Der Stadtrat beantragt mit den Zusatzkrediten II. Serie 2011 insgesamt 31,6 Mio. Franken zusätzliche Mittel. Die RPK hat die verschiedenen Anträge geprüft und zahlreiche Rückfragen an die Verwaltung gestellt, welche innert nützlicher Frist beantwortet wurden. Es liegen Anträge für die Kürzung von rund 7,6 Mio. Franken vor. Die Mehrheit der RPK beantragt Ihnen, der Weisung zuzustimmen.

Roger Liebi (SVP): Es ist auf die Weisung einzutreten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite II. Serie 2011 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK) zu genehmigen:

1.1 Dringliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Für die Suche nach dem Ersatz des Stadtschreibers wird ein Zusatzkredit von nicht weniger als 65 000 Franken beantragt. Für Insertionskosten werden weitere 18 657 Franken beantragt, und dieser Betrag verrät, dass das Geld bereits ausgegeben wurde. Dass noch drei Assessments in der Höhe von je 10 800 Franken nötig waren, ist das Tüpfchen auf dem i. Die Stadt Zürich verfügt über ein jährliches Budget in der Höhe von 6,5 Mio. Franken für Personalwerbung. Es kann nicht sein, dass am 16. November noch zusätzliche 65 000 Franken nötig sind. Die RPK-Minderheit beantragt Ihnen Ablehnung des Kredits.

Rebekka Wyler (SP): Die Kosten für die Personalwerbung sind in der Tat relativ hoch. Die RPK wird sich diesem Thema annehmen. Die Regelung der Nachfolge des zurückgetretenen Stadtschreibers ist ein klassischer Fall für einen Zusatzkredit, da der Rücktritt zum Zeitpunkt der Budgetierung 2011 noch nicht bekannt war. Die Besetzung dieser wichtigen Stelle ist nicht ganz einfach. Die Begründung dieses Zusatzkredits hat die Mehrheit der RPK überzeugt. Wir bitten Sie, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

S. 2	10 1020 3092 0000	Behörden und Gesamtverwaltung Stadtkanzlei Personalwerbung		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	65 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	65 000		
	Begründung	Es braucht keine zusätzliche Personalwerbung		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Stadt Zürich benötigt neue Bauingenieursleute für die verschiedensten Projekte des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (TED) zur Umsetzung des grün-ideologischen Umbaus der Stadt Zürich. Von diesen Megaprojekten wird das TED nun eingeholt. Der Zusatzkredit wird vor allem mit etlichen Kündigungen, die das TED zu verzeichnen hatte, begründet. Die Stadt Zürich hat ein grosses Budget für Personalwerbung; wir sehen nicht ein, weshalb zusätzliche Gelder nötig sein sollten, und lehnen den Zusatzkredit ab.

Christine Seidler (SP): Die von Roger Liebi (SVP) erwähnte personelle Fluktuation ist der Grund für den Zusatzkredit. Um die wichtigen Projekte umsetzen zu können, musste die Personalsuche vorangetrieben werden. Auf dem Arbeitsmarkt sind kompetente Bauingenieursleute derzeit schwer zu finden. Die Mehrheit der Kommission kann die Begründung des Stadtrats nachvollziehen und bittet Sie deshalb, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Christoph Spiess (SD): Wir Schweizer Demokraten schliessen uns dem Ablehnungsantrag an. Mit zunehmender Verärgerung beobachten wir die zahlreichen und wenig sinnvollen Tiefbauaktivitäten der Stadt. Wir sind klar der Meinung, dass der Autoverkehr zu begrenzen ist. Hierfür müsste aber an der Bevölkerungsdichte angesetzt werden – weniger Leute verursachen weniger Verkehr. Bauliche Massnahmen hingegen vermögen den Strassenverkehr kaum einzudämmen. Die Knappheit an Bauingenieursleuten ist in unserem Sinn, weil sie bedeutet, dass weniger gebaut werden kann. Deshalb stimmen wir dem Ablehnungsantrag zu.

S. 2	35 3515 3092 0000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbauamt Personalwerbung		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	140 000	Mehrheit	Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	140 000		
	Begründung	Es braucht keine zusätzliche Personalwerbung		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Im Budget 2011 sind die sozialen Einrichtungen und Betriebe davon ausgegangen, dass pro Monat durchschnittlich 453 Plätze im Teillohn belegt werden. Neu wird jetzt aber die monatliche Auslastung von 520 Plätzen erwartet. Die Vollkosten für die zusätzlichen 67 Plätze pro Monat betragen 1,9 Mio. Franken. Das Zusatzkreditbegehren wird aber nur für gut die Hälfte der tatsächlich notwendigen Vollkosten gestellt. Dem beantragten Zusatzkredit sollen nur 1,4 Mio. Franken Mehrerträge entgegenstehen. Zum eigentlichen Zusatzkredit kommen demnach noch Mindererträge oder nicht weiter verrechenbare Vollkosten in der Höhe von 0,5 Mio. Franken hinzu. Die RPK-Minderheit lehnt die zusätzlich beantragten Ausgaben und nicht weiter verrechenbaren Vollkosten für «Samthandschuh-Projekte» zugunsten von arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern ab und bittet um Unterstützung des Antrags.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Planbarkeit des Einsatzprogramms ist nicht immer einfach. Dies kann dazu führen, dass irgendwann im Verlauf des Jahres mehr Mittel eingesetzt werden müssen. Die Mehrheit der RPK unterstützt den Antrag des Stadtrats.

S. 3	55 5560 3011 0000 3030 0000	Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Löhne der Teilnehmenden an Einsatzprogrammen Sozialversicherungsbeiträge		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	850 000 55 000	Mehrheit	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	905 000		
	Begründung	Keine Aufstockung nötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

1.2 Dringliche Kreditübertragungen

Keine Anträge

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

Antrag 4)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Die RPK-Minderheit 1 lehnt Abfindungen nicht grundsätzlich ab. Was sie aber generell ablehnt, sind Abfindungen für Austritte im gegenseitigen Einvernehmen. Diese haben nichts mit unverschuldeten Entlassungen zu tun. Trotzdem sind auf dem stadträtlichen Ausgabenzettel auch dieses Jahr wieder unzählige Austritte im gegenseitigen Einvernehmen mit stolzen Beträgen aufgeführt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht mehr zu gebrauchen sind, sollen offenbar vergoldet werden. Auch sechsstellige Abfindungen für fristlos aufgelöste Arbeitsverhältnisse dürfen nicht sein. Die SVP lehnt das Zusatzkreditbegehren ab und fordert den Stadtrat mit aller Deutlichkeit auf, die Probleme in diesem Bereich endlich zu lösen.

Samuel Dubno (GLP): Die Minderheit 2 beantragt eine Verbesserung des Zusatzkredits um 365 000 Franken. Ein Austritt im gegenseitigen Einvernehmen kann als Euphemismus für eine Kündigung angesehen werden. Wir anerkennen die gesetzlichen Grundlagen, die solche Abfindungen verlangen, haben aber den Eindruck, dass die Gelder für Austritte im gegenseitigen Einvernehmen teilweise zu locker ausbezahlt werden. Deshalb bitten wir um Unterstützung unseres Antrags.

Rebekka Wyler (SP): Gemäss Personalrecht haben wir einen expliziten Rechtsanspruch auf diese Abfindungen. Gemäss Art. 30 des Personalrechts liegt die Zuständigkeit für diese Regelungen beim Stadtrat; wir verlassen uns darauf, dass er von seinen Möglichkeiten umsichtig Gebrauch macht. Die Mehrheit der RPK lehnt beide Minderheitsanträge ab und bittet Sie, dem Stadtrat zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Es ist erstaunlich, dass sich ausgerechnet die SP für Abfindungen stark macht, wo sie doch Abfindungen in der Privatwirtschaft jeweils ablehnt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Die Abfindungen für unverschuldete Entlassungen basieren auf dem Personalrecht, das vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Im Gegensatz zu Abfindungen, die andernorts ausbezahlt werden, sind sie tief. Eine Abfindung kann auch das Ergebnis einer Verhandlung sein, die ein gewisses Prozessrisiko beinhaltet. Würden die Abfindungen gestrichen, tauchten die Beträge einfach unter einem anderen Titel wieder auf, nämlich als Prozessentschädigungen. Ich bitte Sie, dem Zusatzkredit zuzustimmen.

S. 4	10 1060 3010 0850	Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	711 900	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu Verbesserung 1	0	Minderheit 1	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit 1
	Begründung 1	Es braucht keine Abfindungen		
	Neu Verbesserung 2	346 900 365 000	Minderheit 2	Samuel Dubno (GLP), Referent
	Begründung 2	Keine Abfindungen für Trennungen im gegenseitigen Einvernehmen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (711 900) 81 Stimmen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 Stimmen zu, womit die Quoren der gleichgeordneten Anträge und der Ausgabenbremse (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht sind.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Die beantragte Million Franken für die Ausrichtung von einmaligen Vergütungen oder sogenannten Prämien wurde vom Gemeinderat im Rahmen der Budgetbehandlung 2011 gestrichen. Die RPK-Minderheit versteht zwar das Bedürfnis der Dienstabteilungen, «Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die besonders gute Leistungen erbracht oder zusätzlich ausserordentliche Stellvertretungen oder Arbeitspensen übernommen haben, mit einer Prämie die entsprechende Wertschätzung zu zeigen.» Kein Verständnis haben wir aber für das Zurückkommen auf einen erst vor ein paar Monaten gefällten Gemeinderatsbeschluss und dafür, dass die Bemühungen um eine ausgeglichene Rechnung zunichte gemacht werden sollen. Die RPK-Minderheit beantragt die Ablehnung des Sammelkredits.

Rebekka Wyler (SP): Das Bedürfnis, besonders gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer Prämie zu belohnen, besteht. Ziel des Zusatzkredits ist es, Angestellte, die eine sehr gute Beurteilung – aber aufgrund der Sparmassnahmen keine individuelle Lohnmassnahme – erhalten haben, berücksichtigen zu können. Auf gute Leistungen der städtischen Angestellten sind wir alle angewiesen, die Mehrheit der RPK unterstützt deshalb den vorgeschlagenen Zusatzkredit.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): Die Forderung nach Prämien ist verständlich. Dieser Zusatzkredit durchlöchert aber den Sparauftrag des Stadtrats.

Walter Angst (AL): Sinnvoller als die abstuften Geld- und Naturalprämien wären sicher Realloohnerhöhungen oder Stufenanstiege. Wenn der Stadtrat aber schon zusätzliches Geld zur Verfügung stellen will, ist es sinnvoll, Rahmenbedingungen zu setzen. Unser Postulat fordert den Stadtrat auf, zu prüfen, ob die Million gezielt denjenigen zugesprochen werden kann, die im letzten Jahr nicht bedacht wurden, insbesondere den Spitalangestellten. Wir stimmen dem beantragten Zusatzkredit zu und empfehlen Ihnen im Anschluss daran das Postulat im Sinne einer vernünftigen und ausgewogenen Personalpolitik zur Annahme.

Roger Liebi (SVP): Das Postulat von Walter Angst (AL) zeigt bereits ein Problem dieses Zusatzkredits auf: Es stellt sich jetzt schon die Frage, wem die Prämien ausbezahlt werden sollen. Die ausgabefreudige Haltung der FDP in dieser Sache ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich hoffe, dass wenigstens die bürgerlichen FDP-Mitglieder zusammen mit der GLP unserem Kürzungsantrag zustimmen werden.

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP strebt weiterhin klar ein ausgeglichenes Budget an. Wie die vorangegangenen Diskussionen aber gezeigt haben, ist es für die Stadt nicht einfach, gut qualifizierte Leute zu finden und auch zu behalten. Der Versuch, die guten Leute zu behalten, kommt weniger teuer zu stehen als die Suche nach neuen städtischen Angestellten. Deshalb unterstützt die FDP den Antrag des Stadtrats.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Die Stadt Zürich hat Schwierigkeiten, genügend gut qualifizierte Leute zu finden, und zwar auf allen Stufen. Kann die Leistung des Personals nicht angemessen gewürdigt werden, ist es auch schwierig, die Leute zu behalten. Es ist wichtig, hin und wieder ein kleines Zeichen der Anerkennung zu setzen. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Zusatzkredit. Der Stadtrat wird das Postulat von Walter Angst (AL) entgegennehmen.

Roger Liebi (SVP): Würde der Stadtrat entgegenkommen und Mitarbeitende, wie in der Privatwirtschaft, bei nicht Erreichen der Resultate nach zwei Monaten ohne Abfindung wieder entlassen, wäre das in Ordnung. Da vorher aber das Personalrecht starr verteidigt wurde, kann ich dem Vorschlag nicht zustimmen.

S. 4	10 1060 3010 0858 3010 0859	Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Sammelkredit für die Anpassung der Löhne im Zusammenhang mit den Lohnmassnahmen nach Städtischem Lohnsystem (SLS) Sammelkredit für die Anpassung der Sozialleistungen im Zusammenhang mit den Lohnmassnahmen nach Städtischem Lohnsystem (SLS)		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 000 000 162 800	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	1 162 800		
	Begründung	Aufgrund der Einsparungen im Budget 2011 sind Anpassungen unnötig und unbegründet		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 6)

- 6)** 2011/410 ** Postulat von Walter Angst (AL) vom 02.11.2011: Zuweisung der budgetierten, nicht ausgeschöpften Gelder für Prämien an die Mitarbeitenden der Dienstabteilungen des GUD und des TED

Vergleiche Beschluss-Nr. 1979/2011.

Antrag 7)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Der Stadtrat möchte einen Verein, bestehend aus der Stadt Zürich und dem Migros-Genossenschafts-Bund, namens «Züri Kultur» alimentieren, der während einer dreijährigen Pilotphase eine Website zur Darstellung des städtischen Kulturangebots betreibt. Begründet wird das Vorhaben damit, dass ein solches Angebot heute fehle. Die Mehrheit der Kommission anerkennt die Kulturförderung als eine städtische Aufgabe, beantragt Ihnen aber trotzdem die Streichung dieses Zusatzkredits, nämlich aus folgenden Gründen: 1. Im Gegensatz zur Kulturförderung ist die Kulturvermittlung nach Meinung der RPK-Mehrheit nicht zu den städtischen Aufgaben zu zählen. 2.

Der Stadtrat argumentiert, es fehle ein vollständiger Überblick, und es bestehe hierfür ein Bedürfnis. Er weist aber selber darauf hin, dass bereits vielfältige öffentliche und private Kulturinformationsangebote in Print- und Onlineform für den Standort Zürich existieren. Diese Angebote mögen zwar nicht alle vollständig sein; zur Information reichen sie aber allemal aus. Zudem haben die Betreiber dieser Angebote Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Stadt signalisiert. Mit einem eigenen Angebot würde die Stadt den privaten Anbietern das Wasser abgraben. 3. Der RPK-Mehrheit erscheinen die Kosten für den Betrieb einer solchen Website sehr hoch. 4. Am Schluss der Pilotphase würde wahrscheinlich um Verlängerung des Pilotversuchs ersucht werden. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die RPK-Mehrheit die vorgeschlagene Website bzw. die Finanzierung des Vereins «Züri Kultur» in dieser Form für unnötig hält. Wir bitten um Unterstützung des Mehrheitsantrags.

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Das heutige Angebot ist inhaltlich unvollständig und formal unattraktiv. Redaktionelle Beiträge, die in die Tiefe gehen, fehlen. Das heutige Angebot ist demnach nicht vergleichbar mit dem von der Stadt beabsichtigten Angebot. Eine Website für drei Jahre erscheint uns sinnvoll. Die Migros hat bereits viel Vorarbeit geleistet, von der das Projekt profitieren könnte. Die Kulturplattform soll zu Gunsten ihrer Besucherinnen und Besucher grundsätzlich werbefrei sein. Das Angebot richtet sich sowohl an Besucherinnen und Besucher als auch an die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich. Die Kulturplattform würde das Kulturleitbild optimal ergänzen. Die RPK-Minderheit beantragt Ihnen, dem Zusatzkredit zuzustimmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Andrea Nüssli-Danuser (SP): *Die SP ist klar der Meinung, dass die bestehenden Kulturplattformen unseren Ansprüchen nicht gerecht werden. Es fehlen Portraits aller Kulturhäuser und Veranstaltungsorte pro Kultursparte. Ein Überblick über das Kulturangebot fehlt gerade auch im Bereich Kinderkultur. Kultur für Kinder und Jugendliche könnte über die Plattform gefunden und vermittelt werden. Ebenfalls nicht gegeben ist eine Übersicht über Probe- und Veranstaltungsräume in der Stadt Zürich. Das Geld ist für eine dreijährige Pilotphase vorgesehen. Da eine Reserve aufgelöst wird, ist das Geld bereits budgetiert und vorhanden und kann einem sinnvollen Zweck zugewiesen werden. Mit diesem finanziellen Anschlag können wir testen, ob das Angebot durchsetzungsfähig ist. Um im internationalen Standortwettbewerb mit anderen Städten, die sich als Kulturstandorte positionieren, bestehen zu können, ist Zürich dringend auf eine attraktive, professionelle und zukunftsgerichtete Kulturplattform angewiesen. Es wäre sehr schade, wenn der Zusatzkredit wegen der Ausgabenbremse nicht bewilligt würde. Ich bitte um Zustimmung zum Minderheitsantrag.*

Walter Angst (AL): *Grundsätzlich kann ich das, was Andrea Nüssli-Danuser (SP) gesagt hat, unterstützen. Aus Sicht der AL handelt es sich aber um einen Taschenspielertrick: Die Auflösung der WOV-Reserve ist nicht budgetiert, der Betrag geht verloren. Es gibt gute Gründe dafür, dass Kulturinstitutionen einen Teil ihrer Kommunikationsaufwendungen in den Verein stecken. Wenn wir heute zustimmen, haben wir in drei Jahren eine wiederkehrende Weisung in der Höhe von rund einer halben Million Franken. Wenn wir*

aber einen anderen Weg wählen, kann das Projekt realisiert werden. Sponsoren für dieses gute Projekt lassen sich bestimmt finden.

Roger Liebi (SVP): Ganz werbefrei wäre die Website nicht, denn das Migros-Kulturprozent ist Werbung für die Migros. In diesem Sinn muss der Minderheitsantrag abgelehnt werden.

Michael Schmid (FDP): Wir haben die formell-budgetrechtliche und die materiell-inhaltliche Seite des Projekts intensiv diskutiert. Aus budgetrechtlicher Sicht ist das Geschäft abzulehnen, die Debatte müsste nämlich unter dem ordentlichen Budget geführt werden. Materiell-inhaltlich gesehen haben wir aber Sympathien für das Projekt. Die privaten Lösungen sind ungenügend. Die Argumente gegen das Projekt vermögen uns nicht zu überzeugen. Wir möchten das Projekt unvoreingenommen prüfen können. Die FDP-Fraktion wird sich der Stimme enthalten. Sollte das Quorum nicht erreicht werden, ist der Stadtrat eingeladen, das Projekt ordentlich zu budgetieren.

Christoph Spiess (SD): Über das breite Kulturangebot der Stadt Zürich sind Unmengen an Informationen verfügbar. Wer nach Zürich kommt, sucht meist etwas Bestimmtes und findet die entsprechenden Informationen. Eine vollständige Kulturplattform ist übrigens illusionär; Nischenangebote werden immer fehlen. Das Projekt wird uns nicht mehr in Ruhe lassen, sobald wir es bewilligen und mit einer vermeintlich einmaligen Subvention ausstatten. Wir wären nicht grundsätzlich gegen ein solches Projekt, sind aber der Meinung, dass es uns auf dem üblichen Weg, in Form einer begründeten Weisung, vorgelegt werden müsste und nicht in Form eines nachträglichen Kredits. Deshalb stimmen wir mit der Mehrheit.

Mark Richli (SP): Wer in fremde Städte reist, ist froh um eine Gesamtübersicht über das kulturelle Angebot. Der Zusatzkredit wurde zugegebenermassen sehr ungeschickt kommuniziert und begründet. Die erwähnten privaten Angebote sind absolut unbrauchbar. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Zusatzkredit.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Eine professionelle Vermittlung des Kulturangebots liegt klar im Interesse der Stadt. Es stimmt zwar, dass die Auflösung der WOV-Reserve und die Kommunikation nicht sehr geschickt sind. Auch sind wir uns bewusst, dass es ungefähr im Jahr 2014 eine Weisung zur Weiterführung der beiden Stellen geben wird. Dies alles lohnt sich aber für eine gute und professionelle Vermittlung des Kulturangebots der Stadt Zürich. Die CVP unterstützt den Zusatzkredit.

Bernhard Piller (Grüne): Das Projekt ist umfassend und seriös und darum unterstützungswürdig. Kann die Website von der Stadt Zürich und der Migros realisiert werden, wird sie werbefrei sein. Private Anbieter haben bisher bewiesen, dass sie nicht in der Lage sind, ein umfassendes Angebot auf die Beine zu stellen. Die privaten Plattformen sind einseitig ausgerichtet und nicht neutral. Die vorgeschlagene Lösung ist sehr kostengünstig, da wichtige Grundlagen (vor allem IT) vonseiten der Migros bereits vorhanden sind und von der Stadt mitgenutzt werden können. Das Projekt wäre für die Stadt Zürich sehr sinnvoll und werbewirksam.

Roger Liebi (SVP): Ich stosse mich an der Kehrtwende der FDP und vor allem daran, dass die Mitglieder der RPK nicht kurzfristig informiert wurden. Die Folgekosten des Projekts sprechen klar gegen den Zusatzkredit.

Samuel Dubno (GLP): Die Migros hat ein Interesse daran, die Plattform mit der Stadt Zürich zu teilen und verhält sich insofern nicht altruistisch. Der Argumentation, wonach kommerzielle Angebote abzulehnen seien, kann nicht beigeplichtet werden. Auch ist davon abzuraten, Kultur als Marketinginstrument einer Stadt zu verwenden.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Eine klare Mehrheit des Gemeinderats unterstützt die Plattform inhaltlich. Die Bedenken richten sich hauptsächlich gegen das Vorgehen im Rahmen der Zusatzkredite. Die Förderung der Vermittlungstätigkeit im Kulturbereich gehört klar zum Auftrag der Kulturförderung der öffentlichen Hand. Im Printbereich wurden bereits mehrere Versuche zur Schaffung einer Übersicht über das Kulturangebot unternommen, die jeweils an den Kosten scheiterten. In anderen Städten, wie z. B. Amsterdam, Barcelona, Berlin, Bern, Frankfurt, Luzern, Stuttgart, Wien, Winterthur usw. sind solche Angebote heute selbstverständlich. Zwei Drittel des finanziellen Aufwands würde in die redaktionelle Arbeit fliessen, weil die Qualität der Plattform nicht ohne sorgfältige Redaktion gewährleistet werden könnte. Die Gelegenheit, die Plattform zusammen mit der Migros aufzubauen, ist einmalig und führt dazu, dass wir für die technische Infrastruktur lediglich 200 000 Franken einsetzen müssten. Ich bitte Sie, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen.

S. 5	15 1501 3652 0000	Präsidialdepartement Kultur Kulturförderungsbeiträge		
7)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	975 000	Minderheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Urs Schmid (FDP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	975 000		
	Begründung	Verein soll nicht von der Stadt unterstützt werden, private Lösung genügt		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 61 gegen 42 Stimmen zu. Der Antrag des Stadtrats scheidet jedoch am Quorum der Ausgabenbremse (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder). Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Der Anteil der Stadt Zürich an der Stiftung BlueLion, die das unternehmerische Denken und Handeln fördern will, beträgt beinahe 50 %. Über die Stiftung «Effort für Zürich», die ebenfalls Jungunternehmen fördert und von der Stadt Zürich mitfinanziert wird, ergibt dies einen noch höheren Anteil in diesem Bereich. Die Stiftung BlueLion will Räumlichkeiten und Services für Jungunternehmen anbieten, in der Stadt Zürich besteht jedoch bereits Mangel an Raum und Platz für das Kleingewerbe. Dies wurde hinsichtlich des AMAG-Areals ausgiebig diskutiert (Weisung 2010/452). Nun beantragt die BlueLion Stiftung per Nachtragskredit Räume in diesem Areal. Es ist nicht klar, was die Stadt mit dem AMAG-Areal plant: Bei der damaligen Diskussion wurde von Kreativwirtschaft gesprochen, doch nun wird das AMAG-Areal entgegen unserer damaligen Abstimmung für andere Zwecke verwendet. Zürich braucht keine aus öffentlichen Mitteln finanzierte Stiftung, um das Jungunternehmertum anzukurbeln. Lehnen Sie den Zusatzkredit aus diesen Gründen ab.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Die Förderung des Jungunternehmertums muss unterstützt werden. Besonders in der Informations- und Kommunikationstechnologie und in der Förderung der Umwelttechnologien mit Cleantech wurde in den vergangenen Jahren in Zürich zu wenig erreicht. Diese zukunftsreiche Branche muss gefördert werden. Die Stiftung BlueLion fördert Jungunternehmen im Bereich Cleantech und ICT und vermietet Räumlichkeiten in einfachem Rahmen. Die Stiftung plante ursprünglich nicht, das ehemalige AMAG-Areal zu nutzen, doch die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten in Zürich gestaltete sich schwierig. Es ist deshalb durchaus sinnvoll, die zur Verfügung stehenden Räume auch zu nutzen. Die Technologie passt in das besagte Areal. Partner wie die ZKB oder die Swisscom werden die Stiftung unterstützen, die Stadt ihrerseits sieht eine maximale Beteiligung von 50 % vor. Die Mietauslastung auf dem Areal einschliesslich der Stiftung liegt momentan bei ca. 80 %. Platz für zukünftige Bewerber ist demnach immer noch vorhanden. Mit der Unterstützung des Zusatzkredits wollen wir die sofortige Gründung der Stiftung ermöglichen. Sie ist notwendig, um die Räumlichkeiten mieten und sofort mit dem Projekt starten zu können. Stimmen Sie deshalb dem Zusatzkredit zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Bei der Weisung geht es um eine Beteiligung der Stadt Zürich an der Stiftung BlueLion, die die Schliessung bestehender Lücken in der Frühphase der Unternehmensgründung zum Ziel hat. Dadurch unterscheidet sich die Stiftung klar von anderen Stiftungen auf diesem Gebiet. Es soll ein Unternehmensbiotop für kleine, neue Unternehmen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie und Cleantech entstehen. Mit diesem Vorgehen können auch Vorstösse abgeschrieben werden, die von einer breiten Mehrheit im Rat unterstützt wurden. Damit die Stiftung den Mietvertrag unterschreiben kann, muss raschmöglichst die Unternehmensgründung erfolgen. Bei der

damaligen Diskussion um das ehemalige AMAG-Areal war die Stiftung BlueLion noch nicht als allfällige Mieterin bekannt. Seit circa zwei Jahren wurden verschiedenste Standorte für die Stiftung geprüft, die jedoch teilweise aus finanziellen Gründen nicht in Frage kamen. Der Vorschlag seitens der Stiftung, einen kleinen Teil der Werkerei Schwamendingen zu nutzen, wurde aufgegriffen. Nicht die Stadt soll die Räumlichkeiten belegen, sondern Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer. Diese passen mit ihrem Profil perfekt in die Werkerei. Es handelt sich um eine Kooperation mit Privaten, bei der sich die Stadt mit einer Minderheit beteiligen will. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): In den letzten Jahren wurde wiederholt eine Förderung der Umwelttechnologien beantragt. Doch bringt eine solche Stiftung Nutzen und braucht es die 1,5 Mio. der Stadt Zürich? Das Projekt sollte zuerst in der zuständigen Kommission diskutiert werden. Auf diesem Weg würden auch Details zum Kosten-Nutzen-Effekt bekannt werden. Dazu sind in der Weisung des Stadtrats nicht viele Informationen zu finden. Die AL lehnt den Antrag ab.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Wir schliessen uns der Mehrheit an und stimmen dem Antrag zu.

Samuel Dubno (GLP): Die GLP stimmt dem Antrag zu. In die Richtung der Stiftung zielende Postulate haben wir immer mitunterstützt. Auch die GLP zweifelte daran, ob die Förderung von Jungunternehmern tatsächlich eine städtische Aufgabe ist. Doch bei der auch von Privaten unterstützten Stiftung können wir dem Zusatzkredit zustimmen. Wir verlangen aber grundsätzlich eine Förderung des Cleantech-Clusters über die Nachfrage und eine fortschrittliche Energie- und Verkehrspolitik der Stadt Zürich.

Roger Liebi (SVP): Bei früheren Diskussionen im Rat wurde über das Startzentrum gesprochen. Dabei wurde betont, dass die Stadt Zürich aus praktischen Gründen eine einzige Anlaufstelle für Jungunternehmen benötigt. Nun verlangt der Stadtrat eine zweite Anlaufstelle. Die Intensionen des Stadtrats sind nicht nachvollziehbar. Das Fehlen einer klaren Linie ist ein weiterer Grund, weshalb wir die Vorlage ablehnen.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Die Stiftung würde zumindest teilweise die Erfüllung verschiedener parlamentarischer Vorstösse ermöglichen. Die EVP befürwortet dies sehr. In der Politik ist häufig eine schnelle und unkomplizierte Reaktion nötig. Wir bedanken uns deshalb bei Stadtpräsidentin Corine Mauch und den diesen Antrag unterstützenden Parteien.

S. 5	15 1505 550001	Präsidialdepartement Stadtentwicklung Beteiligung an Stiftung BlueLion		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 500 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Enthaltung	Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	1 500 000		
	Begründung	Es braucht keine neue Stiftung für Jungunternehmer, davon hat es bereits genügend		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 30 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 9)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Der Stadtrat beantragt stichsichere, unter der Kleidung getragene Westen für die Angehörigen der Rettungsdienste. Die RPK-Minderheit ist nicht grundsätzlich gegen die Beschaffung solcher Westen, lehnt jedoch die Höhe der Beschaffungskosten und das Konzept der Unterziehwesten ab. Stichsichere Westen werden heute von verschiedenen Berufsgattungen getragen. Handelsübliche, kostengünstigere Produkte wären durchaus erhältlich. Wir schlagen auch vor, dass nicht persönliche Westen verteilt, sondern pro Einsatzambulanz zwei Westen sowie Ersatzwesten bereitgestellt werden. Dieses Konzept würde zu einer deutlichen Kostensenkung führen und wird beispielsweise in Uster bereits erfolgreich angewendet. Ein Rettungssanitäter würde eine stichsichere Unterzieh-Weste aufgrund des Komforts wohl zudem nicht den ganzen Tag tragen. Der Vorteil der Überziehwesten liegt nicht nur in der Verfügbarkeit, sondern auch in der situativen Verwendungsmöglichkeit. Die RPK-Minderheit beantragt aus diesen Gründen eine Kürzung des Kreditbegehrens um 59 000 Franken.

Florian Utz (SP): Die Frage der GLP nach sinnvoller Kosteneinsparung bei den Westen ist absolut berechtigt. Doch Männer und Frauen benötigen unterschiedliche Modelle und Grössen, die Idee einer Einheitsgrösse ist kaum umsetzbar. Die RPK-Mehrheit erachtet die Idee der GLP als nicht zumutbar, sowohl bezüglich der Angestellten als auch der Patientinnen und Patienten. In einem Rettungsfall darf durch das Anziehen der Schutzweste nicht noch Zeit verloren gehen. Das An- und Ausziehen der Weste kostet zudem zusätzliche Arbeitszeit. Schutz und Rettung müsste dadurch 23 000 Franken mehr ausgeben pro Jahr. Nach drei Jahren würde mit dem Vorschlag der Minderheit somit mehr Geld ausgegeben als mit dem Antrag des Stadtrats. Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Sanitäter müssen immer wieder unter schwierigen Umständen Verletzte bergen. Die Angestellten werden bei ihrer Arbeit behindert oder gar angegriffen. Hier darf nicht gespart werden. Der Vorschlag der Minderheit ist in der Praxis nicht umsetzbar: Westen können unter den Angestellten nicht geteilt werden und Verletzte müssen möglichst schnell gerettet werden können. Ich möchte die GLP bitten, den Antrag zurückzuziehen.

Samuel Dubno (GLP): Wir stellen uns wie bereits erwähnt nicht gegen die Beschaffung solcher Westen. Doch es ist eine Zumutung für einen Rettungssanitäter, im Hochsommer mit einer stichsicheren Weste arbeiten zu müssen. Zudem ist nicht bei jedem Einsatz eine solche Weste notwendig. Der Minderheitsantrag senkt den Schutz der Rettungssanitäter nicht, sondern erhöht ihn, da die ständige Verfügbarkeit von Westen im Fahrzeug gewährleistet wäre.

S. 6	25 2550 3060 0000	Polizeidepartement Schutz und Rettung Dienstkleider und Dienstkleiderentschädigungen		
9)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	139 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	80 000	Minderheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Walter Angst (AL)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	59 000		
	Begründung	Nicht 1 Weste pro Person, sondern 2 Westen pro Fahrzeug beschaffen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 16 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Suche nach Temporärkräften beim Ausfall von Angestellten in der Suchtbehandlung Frankental war mit hohen Kosten verbunden und erfordert nun einen Nachtragskredit. Solche Arbeitskräfte sollten intern rekrutiert werden. Wir beantragen deshalb, die 90 000 Franken zu streichen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Der Zusatzkredit von 90 000 Franken wurde aufgrund von fünf Personalausritten notwendig. Es wäre fahrlässig gewesen, die Arbeit auf die übr-

gen Mitarbeitenden zu verteilen. Dank dem Einsatz des temporären Personals blieb die Auslastung in der Suchtbehandlung Frankental auf dem Vorjahresniveau. Die RPK Mehrheit befürwortet deshalb den Kredit.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Weiss (SVP): Der beantragte Zusatzkredit übersteigt den im Budget eingestellten Betrag um das Neunfache. Entweder liegen hier grobe Budgetierungsfehler vor oder es kam zu schwerwiegenden Problemen im Betrieb, die zu diesen Personalausstritten geführt haben. In einem normalen Betrieb wird versucht, solche personellen Engpässe mit internen Lösungen zu überbrücken. Die SVP-Fraktion lehnt das Zusatzkreditbegehren deshalb ab.

S. 7	30 3010 3080 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Städtische Gesundheitsdienste Entschädigung für temporäre Arbeitskräfte		
10)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	90 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	90 000		
	Begründung	Ausfälle hätten intern kompensiert werden müssen. Keine temporären Arbeitskräfte einsetzen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Es geht um die Ausschreibung für die Stelle des Dienstchefs des Stadtärztlichen Dienstes. Es ist unverständlich, wie die anstehende Pensionierung des Stadtarztes nicht im Voraus im Budget berücksichtigt werden konnte. Es wurde sogar ein Gutachten erstellt mit der Empfehlung, die Stelle auszuschreiben. Dieser Posten zeigt exemplarisch die Arbeitsweise der Stadt auf. Lehnen Sie den Antrag deshalb ab.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die 8 000 Franken beziehen sich nicht auf die Stelle des Stadtarztes. Mit der Stellenausschreibung wurde ein Oberarzt in der Suchtbehandlung Frankental gesucht. Aufgrund des grossen Ärztemangels war ein grösserer finanzieller und zeitlicher Aufwand nötig. Die Mehrheit der RPK unterstützt deshalb den Antrag von 8 000 Franken für die Suchtbehandlung Frankental.

S. 7	30 3015 3092 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Stadtärztlicher Dienst Personalwerbung		
11)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	8 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli- Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	8 000		
	Begründung	Unnötiger Antrag, das reguläre Budget sollte genügen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Für die Verabschiedung von zwei vorzeitig pensionierten Personen wurden 7 000 Franken benötigt. Die Mehrheit der RPK befürwortet den Kredit.

Roger Liebi (SVP): Für eine derartige Kleinigkeit ist ein Kredit von 7 000 Franken schlicht nicht nötig.

S. 7	30 3015 3099 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Stadtärztlicher Dienst Übriger Personalaufwand		
12)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	7 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli- Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	7 000		
	Begründung	Unnötiger Antrag, das reguläre Budget sollte genügen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Verlangt wird ein Zusatzkredit für eine Jubiläums-Sonderausgabe des Heftes des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes (PPD). Beim Beschluss des Budgets war der Termin des Jubiläums jedoch sicherlich bereits bekannt. Hier liegt eine Fehlbudgetierung vor. Wir lehnen die 11 000 Franken ab.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Der Entscheid wurde tatsächlich erst nach der Budgeteingabe getroffen. Die Sonderausgabe soll die Ärzteschaft der Stadt Zürich über das Angebot des PPD informieren. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass der Kredit benötigt wird.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Weiss (SVP): Die Produktion einer Sondernummer sollte im Voraus bekannt sein und ordentlich budgetiert werden. War es zudem wirklich nötig, in einer finanziell bereits angespannten Lage noch eine Sondernummer zu drucken? Die SVP lehnt den Zusatzkredit ab.

S. 8	30 3015 3101 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Stadtärztlicher Dienst Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten		
13)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	11 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent; Samuel Dubno (GLP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP) Minderheit
	Verbesserung	11 000		
	Begründung	Unnötiger Antrag, das reguläre Budget sollte genügen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 38 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Auszubildenden im Bereich Pflege absolvieren ihre Ausbildung bei der Organisation der Arbeitswelt (OdA). Die überbetrieblichen Kurse und die Praxisvermittlung sind Teil der Ausbildung. Die Stadt Zürich sollte der OdA nicht noch Kurstageskosten bezahlen müssen, denn die Stadt deckt mit ihren internen Ausbildungsmöglichkeiten fast alle Gesundheitsberufe ab. Es ist nicht einzusehen, dass hier noch zusätzliche Kosten generiert werden müssen. Der Entscheid der Erhöhung der Kurstageskosten wurde im Dezember 2010 gefällt. Am 9. Februar 2011 wurde dies kommuniziert. Es ist unverständlich, warum dieser Antrag erst jetzt gestellt wird. Die gesamte Struktur muss überdenkt werden. Der Betrag von 251 200 Franken sollte abgelehnt werden.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die OdA erhöhte ihre Kurstageskosten bei den Lernenden Fachangestellte Gesundheit um 20 Franken. Die Stadt wurde im Februar 2011 darüber informiert. Die Kurse sind Bestandteil der Ausbildung und eine Kostenübernahme von Seiten der Lernenden steht ausser Frage. In diesem Berufsfeld ist es schwierig, genügend Lernende zu finden – eine Abwälzung der Kosten auf die Lernenden wäre kontraproduktiv. Es ist zudem stossend, wenn zwischen den Ausbildungen der einzelnen Berufsgruppen nicht dieselben Bedingungen herrschen bezüglich der Ausbildungskosten. Die Kurse gehören obligatorisch zur Ausbildung und die Fachangestellten Gesundheit werden nicht nur in Spitälern, sondern auch in Pflegeheimen benötigt. Die Mehrheit der RPK unterstützt den Zusatzkredit.

S. 8	30 3020 3091 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Pflegezentren der Stadt Zürich Aus- und Weiterbildung des Personals		
14)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	251 200	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	251 200		
	Begründung	Solche Kurse privat besuchen, kein Zusammenhang mit Pflegezentren		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 38 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Das Projekt zur Optimierung bezüglich der Sukkulentsammlung ist bei den derzeit knappen Finanzen nicht nötig. Wir lehnen den Zusatzkredit deshalb ab.

Christine Seidler (SP): Der Zusatzkredit wird aufgrund von Bauverzögerungen benötigt. Es war nicht möglich, den moderaten Betrag im Sinn von möglichen Kompensationen mit andern Sammelkonten zu finanzieren. Grundsätzlich wird der Objektkredit nicht überschritten. Die Sukkulentsammlung spielt auch im Zusammenhang mit der Förderung der Biodiversität eine wichtige Rolle. Das Projekt optimiert die Besucherlenkungsmassnahmen, ermöglicht einen attraktiveren Eingangsbereich und eine vielfältige Nutzung von Schulungs- und Informationsräumen. Die Mehrheit der RPK erachtet das Projekt als sehr sinnvoll und beantragt Ihnen, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

S. 10	35 3570 55037000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Grün Stadt Zürich Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften		
15)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	230 000	Mehrheit	Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	230 000		
	Begründung	Optimierung nicht nötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 22 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 16)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Im Amt für Städtebau wurden zwei befristete Mutterschaftsvertretungen angestellt. Die RPK-Minderheit hat kein Verständnis für die beantragten befristeten Anstellungen. Mutterschaftsvertretungen sollten intern organisiert werden. Neu angestelltes Personal benötigt viel Einarbeitungszeit und deshalb ist es fraglich, inwiefern auf wenige Monate befristete Anstellungen sinnvoll sind. Aus diesen Gründen beantragt die RPK-Minderheit die Ablehnung der Kredite für die beiden Mutterschaftsvertretungen.

Urs Schmid (FDP): Die Personen wurden befristet angestellt. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Stellen ausgewiesen sind. Über einen solchen Antrag sollte im Rat nicht abgestimmt werden müssen. Befürworten Sie den Antrag des Stadtrats.

S. 10	40 4015 3010 0000	Hochbaudepartement Amt für Städtebau Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals		
16)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	55 000	Mehrheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	55 000	Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Begründung	Mutterschaftsvertretung muss intern gelöst werden		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 22 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 17)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Die drei Frühpensionierungen in der zweiten Jahreshälfte 2011 waren zum Zeitpunkt der Budgetierung und der Zusatzkredite der ersten Serie noch nicht bekannt. Mit der zweiten Serie werden nun 125 400 Franken beantragt. Der Wunsch einer Frühpensionierung ist jedoch persönlich und darf dem Steuerzahler keine zusätzlichen Kosten verursachen. Im Namen der RPK-Minderheit bitte ich um die Ablehnung des Zusatzkreditbegehrens.

Urs Schmid (FDP): Der Antrag betrifft eine seit 1973 bei der Stadt tätige Assistentin sowie zwei seit 1971 und 1976 bei der Stadt angestellte Mitarbeiter. Alle drei Frühpensionierungen fanden aufgrund privater Motivation statt und sind nach einer solch langen Dienstzeit zu unterstützen. Stimmen Sie dem entsprechenden Antrag des Stadtrats zu.

S. 10	40 4015 3040 0000	Hochbaudepartement Amt für Städtebau Personalversicherungsbeiträge		
17)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	125 400	Mehrheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	125 400		
	Begründung	Freier Entscheid der Mitarbeitenden, keine Entschädigung nötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 22 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 18)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Im Amt für Baubewilligungen werden mehr Ausgaben für die Rekrutierung von Architekten verlangt. Die Stadt Zürich befindet sich seit langem im Wachstum. Ein höherer Bedarf an Architektinnen und Architekten war voraussehbar und hätte im Budget 2011 eingeplant werden müssen. Die Minderheit bittet Sie, den Kredit von 20 000 Franken abzulehnen.*

Urs Schmid (FDP): *Die Ausgaben für die Personalwerbung erreichen Kosten von rund 57 000 Franken. Dies liegt leider bereits über dem Budget von 45 000 Franken. Gemäss Stadtrat werden die Inserate in den Printmedien textlich künftig auf ein Minimum reduziert und mit einem Verweis auf die detaillierte Internetausschreibung ergänzt. So können die zukünftigen Kosten der einzelnen Stelleninserate signifikant gesenkt werden. Stimmen Sie dem Antrag zu.*

S. 11	40 4015 3092 0000	Hochbaudepartement Amt für Städtebau Personalwerbung		
18)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	20 000	Mehrheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	20 000		
	Begründung	Zusätzliche Ausgabe für Personalwerbung unnötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 19)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Versicherungssumme für das Stadtmodell belief sich während vieler Jahre auf 1 900 Franken pro Jahr und ist nun auf 9 000 Franken gestiegen. Niemand kann diesen massiven Anstieg glaubhaft erklären. Der Kredit muss deshalb abgelehnt werden.

Urs Schmid (FDP): Diese Summen wurden nach Angaben des Kompetenzzentrums Risiko- und Versicherungsmanagement budgetiert. Die Versicherung des Stadtmodells ruft nach zusätzlicher Deckung. Die separaten Versicherungen wurden bei der Budgetierung versehentlich nicht berücksichtigt, was zu dem zu tiefen Budgetbeitrag geführt hat. Die Gefahrenlage hat sich somit nicht verändert. Stimmen Sie dem Antrag des Stadtrats zu.

S. 11	40 4015 3184 0000	Hochbaudepartement Amt für Städtebau Sachversicherungsprämien		
19)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	9 000	Mehrheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
	Verbesserung	9 000	Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Begründung	Versicherungssumme seit Jahren Fr. 1 900, Erhöhung auf Fr. 9 000 nicht nachvollziehbar		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 22 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 20)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wir hegen gegenüber den Personalwerbungsangelegenheiten den grössten Vorbehalt und lehnen die 10 000 Franken Mehrausgaben ab.*

Urs Schmid (FDP): *Der Personalmarkt für Architektinnen und Architekten war bereits 2010 ausgetrocknet, und der Bauboom geht weiter. Die Zusammenstellung der letzten Zahlen im Voranschlag 2009 bis zum Voranschlag 2011 im Vergleich mit der Rechnung 2009, 2010 und der erwarteten Rechnung von 2011 hat die Tendenz klar aufgezeigt. Stimmen Sie für den Antrag des Stadtrats.*

S. 11	40 4035 3092 0000	Hochbaudepartement Amt für Baubewilligungen Personalwerbung		
20)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	10 000	Mehrheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	10 000		
	Begründung	Betrag nicht nötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 21)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): *Das städtische Projekt CHARM sieht den Aufbau eines professionellen Risikomanagements und daran angeknüpft die Verbindung an ein internes Kontrollsystem vor. Dies soll alle Prüfpunkte zur Risikoeindämmung beinhalten und alle für die Dienstabteilung wichtigen Prozesse und Arbeitsabläufe zusammenhängend darstellen. Die Kommissionsminderheit ist der Meinung, dass die vielen anfallenden Arbeiten für dieses Projekt intern ausgeführt werden können. Dieser Bereich der Verwaltung verfügt bereits über kompetente und motivierte Mitarbeitende mit dem entsprechenden Know-how. Am Vorprojekt und Konzept sollen durchaus externe Berater mitarbeiten, doch die Ausführung des Pilots und der Ausbreitung in den Departementen muss von den internen Mitarbeitenden erfolgen. Stimmen Sie dem Antrag der Minderheit zu.*

Christine Seidler (SP): Im Rat wurde schon oft über die Ineffizienz diskutiert, die bei einem über mehrere Fachstellen oder Departemente laufenden Projekt entsteht. Hier geht es um die Baubewilligungsverfahren. Endlich könnten die Schnittstellen professionell aufgeleitet und koordiniert und somit für verschiedene Fachstellen nutzbar gemacht werden. Die Kommissionsmehrheit erachtet diese Investition als sehr sinnvoll. Der Objektkredit wird mit diesem Zusatzkredit auch nicht überschritten. Wir beantragen Ihnen deshalb, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

S. 11	40 4035 3180 0000	Hochbaudepartement Amt für Baubewilligungen Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
21)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	48 000	Mehrheit	Christine Seidler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	48 000		
	Begründung	Externe Unterstützung nicht nötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 40 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 22)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Aufgrund gestiegener Fallzahlen und zur Vermeidung von Qualitätseinbussen sollen die Personalressourcen in der Asylorganisation Zürich (AOZ) angepasst werden. Die Stadt Zürich unternimmt im Bereich Asylwesen jedoch bereits viel mehr als tatsächlich vorgeschrieben – und dies für Personen, die die Schweiz in der Regel nach kurzer Zeit wieder verlassen müssen. Qualitätseinbussen in der ordentlichen Fallführung und Unterbringung sind kaum zu erwarten. Die Anstellung und Bezahlung des Personals ist Aufgabe der AOZ. Allfälliger und temporärer Mehraufwand in den Bereichen Empfang, Fallführung und Unterbringung muss intern lösbar sein. Die RPK-Minderheit lehnt den Zusatzkredit ab.

Rebekka Wyler (SP): Es geht um einen Zusatzkredit zur Schaffung von zusätzlichen personellen Ressourcen, um der steigenden Anzahl Fälle gerecht zu werden. Ohne die Anpassung kann die vom übergeordneten Recht vorgegebene Fallführung und Unterbringung der Personen nicht mehr gewährleistet werden. Der Kanton besteht zudem immer mehr darauf, dass die Zuweisungsquoten für die Gemeinden zu 100 % erfüllt

27 / 33

werden. Dies gilt auch für die Stadt Zürich. Es handelt sich um Pflichtleistungen. Die Mehrheit der RPK bittet Sie, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Die AOZ behandelt etliche Mischfälle, die in den ursprünglichen Auftrag der Stadt Zürich fallen. Die Stadt Zürich soll nun direkt das zusätzliche Personal bezahlen. Gemäss dem Geschäftsbericht der AOZ ist der Kredit jedoch gar nicht unbedingt nötig: Die Reserven wurde von 2009 auf 2010 um 3,2 Mio. Franken erhöht. Ein Zusatzkredit ist unter diesen Verhältnissen nicht nachvollziehbar. Die AOZ ist eine eigenständige Anstalt und muss solche Phasen mit den angehäuften Reserven überbrücken können. Lehnen Sie den Zusatzkredit ab.

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Wir sprechen hier von einer gewaltigen Steigerung der Beiträge an die AOZ von 11 %. Die Begründung: befürchtete Qualitätseinbussen. Der Geschäftsbericht 2010 der AOZ zeigt, dass der Zusatzkredit abgelehnt werden muss: Zürich wird als die asylfreundlichste Stadt Europas beschrieben. Die zu erhöhende Leistungsqualität befindet sich demnach bereits auf Europarekordhöhe. Die riesige Angebotspalette braucht nicht noch zusätzliche Förderung. Eine kleine Qualitätseinbusse ist auf diesem Niveau verkraftbar. Neue Projekte und zusätzliche Aufträge sind als gegenseitige Insidergeschäfte in der Sozialindustrie zu bezeichnen. Noch mehr Steuergelder sind unnötig.

S. 13	55 5500 3650 0302	Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Asyl-Organisation Zürich für städt. Pflichtleistungen		
22)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	221 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	221 000		
	Begründung	Aufstockung nicht nötig, Arbeiten durch interne Aufgabenverschiebungen gewährleistet		

Ausstand: Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP)

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 23)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Bei den vom Stadtrat erlassenen Richtlinien zur Ausrichtung von Stipendien wurde ein sehr flexibler Rahmen geschaffen. Allgemeine Regeln und ungenaue Bestimmungen ermöglichen dem Direktor des Laufbahnzentrums einen grossen Ermessensspielraum. Dieser Spielraum ist zu stark strapaziert und wird zu grosszügig interpretiert. Aus diesen Gründen lehnt die RPK-Minderheit das Zusatzbegehren ab.

Rebekka Wyler (SP): Der Zusatzkredit wurde aufgrund von steigenden Stipendiengesuchen eingereicht. Es besteht ein Rechtsanspruch auf ergänzende Stipendien und entsprechend existiert auch keine Obergrenze. Die tatsächliche Anzahl eintreffender Gesuche ist schwierig vorzusagen. Die unsichere Wirtschaftslage und die steigenden Anforderungen in der Arbeitswelt führen zu einer Zunahme von Aus-, Fort- und Weiterbildung. Besonders die Gesuche für Berufsvorbereitungsjahre, höhere Fachschulen und Fachhochschulen verzeichnen einen starken Anstieg. Gleichzeitig zeigen sich auf der Seite des Kantons gewisse Restriktionen bezüglich der Stipendienvergabe. In diesen Fällen muss die Stadt subsidiär einspringen. All diese Faktoren führen zu einer Zunahme der Gesuche. Gleichzeitig besteht ein Rechtsanspruch. Der Antrag der SVP ist juristisch nicht haltbar. Die Wichtigkeit von Aus- und Weiterbildung ist kaum umstritten. Die Mehrheit der RPK unterstützt den Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Die Stipendien bewegen sich auf und ab und befinden sich jetzt auf einem Rekordniveau. Die Budgets zu den Stipendiengesuchen sind ungenau, es herrscht oft eine grosse Diskrepanz zwischen dem Budget und der Endabrechnung. Es sollte eine bessere Voraussicht angestrebt werden.

S. 15	55 5520 3662 0100	Sozialdepartement Laufbahnzentrum Städtische Stipendien		
23)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	400 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	400 000		
	Begründung	Zu grosszügige Stipendienverteilung		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 24)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): In den Geschäftsbereichen Wohnen und Obdach sowie Sucht und Drogen sollen Forderungen im Umfang von 55 300 Franken abgeschrieben werden. Die RPK-Minderheit fordert die sozialen Einrichtungen und Betriebe auf, die Guthaben mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzutreiben und lehnt das Zusatzkreditbegehren ab.

Rebekka Wyler (SP): Es stellt sich die Frage, was unter «allen zur Verfügung stehenden Mitteln» zu verstehen ist. Die Forderung der SVP ist unrealistisch und die Mehrheit der RPK lehnt den Antrag ab.

S. 15	55 5560 3300 0000	Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Abschreibungen von Guthaben des FV		
24)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	55 300	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	55 300		
	Begründung	Forderungen sollen eingetrieben werden		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 25)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Das Referendum für den geplanten Strichplatz in Altstetten ist zustande gekommen. Vor der Willensäusserung durch das Volk können keine Investitionen getätigt werden. Folglich sind auch keine Abschreibungen auf solche Investitionen möglich. Das Zusatzkreditbegehren ist obsolet und wird von der RPK-Minderheit abgelehnt.

Rebekka Wyler (SP): Es ist bekannt, dass die SVP den Strichplatz ablehnt. Die Mehrheit der Kommission ist anderer Meinung und bittet Sie, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Keine Quartierbevölkerung möchte vor ihrer Haustür einen Strassenstrich. Auch im Kreis 9 herrscht Skepsis. Doch die periphere Lage, die gute Erreichbarkeit per Auto und die Umgebung mit dem geringen Wohnanteil sprechen für den Standort. Diese Faktoren würden auch auf das Sihlquai zutreffen, doch dort wehrte sich die Quartierbevölkerung. Wir lehnen das Projekt ab. Das vorliegende Verrichtungsboxenprojekt ist aufwändig und teuer – mit verhältnismässig geringem Nutzen. Wir bitten den Stadtrat, diese Fehlplanung zu überdenken.

Mauro Tuena (SVP): An diesem Zusatzkredit kann technisch unmöglich festgehalten werden. Das Referendum ist hängig und die Gemeinderatsentscheidung dieser Weisung somit obsolet. Den demokratischen Spielregeln zufolge müsste der Stadtrat den Zusatzkredit zurückziehen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Eine Ablehnung führt zu einem gesperrten Kredit. Diesen könnten wir übertragen. Wir könnten ihn auch bei der ersten Serie der Zusatzkredite 2012 wieder zur Sprache bringen. Solange das Referendum nicht abgeschlossen ist, wird selbstverständlich nichts ausgegeben. Ich werde den Zusatzkredit nicht zurückziehen.

Walter Angst (AL): Wie soll ein Kredit aus dem Budget 2011, der mit den Zusatzkrediten eingestellt wird, ins Budget 2012 übertragen werden? Kann der Stadtrat dies nicht erklären, sollte der Kredit gestrichen werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Kann der gesperrte Kredit nicht ausgegeben werden, müssen wir ihn mit der ersten Serie der Zusatzkredite 2012 wieder einstellen.

Niklaus Scherr (AL): Der Kredit könnte ordentlich im Rahmen des Budgets 2012 behandelt werden. Er wäre dann trotzdem gesperrt.

S. 15	55 5560 3310 0000	Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Ordentliche Abschreibungen auf Investitionen und Sachgütern des VV		
25)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	89 100	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	89 100		
	Begründung	Ablehnung Strichplatz		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 49 Stimmen zu. Der Antrag des Stadtrats scheidet jedoch am Quorum der Ausgabenbremse (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder). Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Keine Anträge

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Der Rat sprach sich einst für ein ausgeglichenes Budget aus. In vielen Dingen wurde heute darüber hinweggesehen. Diese Politik ist nicht mehr glaubwürdig. Ankündigungen sollten eingehalten werden. Wenn die Notwendigkeit eines Kredits nicht wirklich ausgewiesen ist, sollte dieser gestrichen werden.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Zusatzkredite sind ein anderes Instrument als das Budget. Heute wurden viele Fälle behandelt, die in anderen Fällen über die Rechnung hätten erledigt werden können. Die grossen Ausgabepositionen sind unbestritten. Wir stehen zu der Mehrheit, die die Annahme der Zusatzkredite beantragt.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Vorlage.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Vorlage.

Mehrheit: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Minderheit: Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent

Abwesend: Monika Erfigen (SVP)

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Damit ist beschlossen:

1. A. Für das Jahr 2011 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

1. Zusatzkredite	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10 Behörden und Gesamtverwaltung	1 951 700	–	1 951 700
15 Präsidialdepartement	60 000	1 500 000	1 560 000
20 Finanzdepartement	331 100	–	331 100
25 Polizeidepartement	139 000	–	139 000
30 Gesundheits- und Umweltdepartement	1 328 200	–	1 328 200
35 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	140 000	5 665 900	5 805 900
40 Hochbaudepartement	282 400	–	282 400
45 Departement der Industriellen Betriebe	1 700 000	2 500 000	4 200 000
50 Schul- und Sportdepartement	112 800	–	112 800
55 Sozialdepartement	21 743 500	30 000	21 773 500
Total Verwaltungsrechnung	27 788 700	9 695 900	37 484 600

2. Kreditübertragungen	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10 Behörden und Gesamtverwaltung	–	–	–
	–0	–0	–0
15 Präsidialdepartement	170 000	–	170 000
	–170 000	–0	–170 000
20 Finanzdepartement	7 400	–	7 400
	–7 400	–0	–7 400
25 Polizeidepartement	900 500	–	900 500
	–900 500	–0	–900 500
30 Gesundheits- und Umweltdepartement	34 298 200	–	34 298 200
	–34 298 200	–0	–34 298 200
35 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	–	–	–
	–0	–0	–0
40 Hochbaudepartement	407 000	–	407 000
	–407 000	–0	–407 000
45 Departement der Industriellen Betriebe	602 000	–	602 000
	–602 000	–0	–602 000
50 Schul- und Sportdepartement	2 690 000	–	2 690 000
	–2 690 000	–0	–2 690 000
55 Sozialdepartement	27 000	–	27 000
	–27 000	–0	–27 000
Total Verwaltungsrechnung	39 102 100	–	39 102 100
	–39 102 100	–0	–39 102 100

33 / 33

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Fr.	Fr.	Fr.
a) in der Laufenden Rechnung			
- den Zusatzkrediten von	27 788 700		
- den Kreditübertragungen von	39 102 100	66 890 800	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
- verursachte Minderaufwendungen aus den Kreditübertragungen von	39 102 100		
- durch Minderaufwendungen/Mehrerträge aus den Zusatzkrediten von	5 967 300	45 069 400	
sodass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von			21 821 400
b) in der Investitionsrechnung			
- den Zusatzkrediten von	9 695 900		
- den Kreditübertragungen von	-	9 695 900	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
- verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-		
- durch Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-	-	
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von			9 695 900
und somit die gesamtstädtische Rechnung insgesamt belastet wird mit netto			31 517 300

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 23. November 2011 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat